

CDU-Fraktion Rheine
Sitzung des Stadtrates am 21.02.06

TOP 6

Resolution der SPD-Fraktion zur Einrichtung von Familienzentren und zu den geplanten Kürzungen beim GTK

Die Absicht der Landesregierung, umfangreiche Einsparungen im Haushalt 2006 vorzunehmen, ist verständlich. Die Schuldenlast erdrückt Nordrhein-Westfalen und schränkt die Handlungsfähigkeit erheblich ein.

Gleichwohl ist die Frage sicherlich berechtigt, an welcher Stelle des Haushaltes Einsparungen das Entwicklungspotential von jungen Menschen und Familien hemmen und damit letztendlich auch wieder zu Lasten der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und der Kommunen dieses Landes gehen.

Verwunderung, dass SPD nicht vorher eine Resolution beantragt hat.

Die von der SPD-Fraktion vorgelegte Resolution beschäftigt sich allerdings im Wesentlichen mit den geplanten Familienzentren und nur untergeordnet mit den Kürzungsvorhaben im Bereich der Kindertagesstätten und anderer beratender und bildender Dienste.

Die Kritik an den Familienzentren trägt die CDU-Fraktion nicht mit. Die mit der Einrichtung dieser Familienzentren verbundenen Ideen finden weitgehend Zuspruch. Auch in Rheine interessiert sich eine Reihe von Trägern hierfür.

Viele Kindertagesstätten überlegen bereits, sich auch ohne formelle Anerkennung des Landes zu einem Familienzentrum zu entwickeln.

Die Landesregierung hat ihre Aussagen zu Familienzentren in den letzten Monaten zunehmend konkretisiert, gleichzeitig aber auch bewusst einen größeren Entwicklungsspielraum gelassen, um ein breites Spektrum an Ideen zu ermöglichen. Die bisherigen Informationen sprechen dafür, dass die Kreativität von Trägern an dieser Stelle in konstruktiver Weise neu entfacht wird. Insofern ist es auch in dieser Phase konsequent, nicht mit zusätzlichen Fördergeldern zu winken. Es soll nicht in erster Linie etwas von den Trägern entwickelt werden, von dem sie gelesen haben, dass es auch zusätzlich finanziert wird. Vielmehr ist ein breiter Wettbewerb von Ideen und zukunftsfähigen Konzepten gefragt. Eine erste Modellphase wird diese Konzeptideen bündeln und sortieren sowie auf ihre Zukunftsfähigkeit hin untersuchen.

Gleichwohl werden viele Fragen auftauchen, wie denn das neue Netzwerk aus Erziehung, Betreuung, Bildung und Beratung gesponnen und auf Dauer auch abgesichert werden kann. Der derzeitige Stand des Verfahrens ist aber nicht geeignet, in einer Resolution diesen offenen Prozess zu kritisieren oder zu überfordern. Diese Resolution trägt aus unserer Sicht nicht dazu bei, Ergebnisse anzustoßen und Verbesserungen zu erzielen. Lasst uns also die Gründungsphase der Familienzentren konstruktiv begleiten.

Das was uns wirklich bedrückt, ist die Absicht, tatsächliche Kürzungen in verschiedenen Bereichen der Jugend- und Familienhilfe vorzunehmen. Insbesondere die Finanzierung der Kindertagesstätten bereitet den Trägern und den Kommunen Bauchschmerzen. Die Neuberechnung der Landeszuwendungen an die Kommunen, die vollständige Freigabe der Festsetzung der Elternbeiträge durch die Kommunen

und die Beibehaltung der durch die vorherige Landesregierung beschlossene Kürzung der Sachkosten trifft die Träger und Kommunen in erheblichem Maße. Auch die weiteren Kürzungen der Landeszuwendungen für Beratungsstellen bereitet uns Sorge, ebenso die Fortsetzung der von der Vorgängerregierung initiierten Kürzung des Landesjugendplanes.

Die vorgelegte Resolution ist in der Gesamtbetrachtung nicht hilfreich und zu undifferenziert. Wir haben uns schon sehr gewundert über diese Vorlage, der eine gründliche Vorabstimmung sehr gut getan hätte.

Diese Resolution kann daher in dieser Form nicht durch die CDU-Fraktion mitgetragen werden.

Unsere kritischen Hinweise zum Landeshaushalt sind durchaus geeignet zur Weiterleitung an die Landesregierung. Wir bitten die Verwaltung dieses zu übernehmen.